

Die Rolle der Freikorps in der Novemberrevolution 1918/19

Nach Ende des I. Weltkriegs wurden der SPD die Regierungsgeschäfte übertragen – Friedrich Ebert wurde Reichskanzler. Zusammen mit der USPD bildeten sie mit jeweils drei Mitgliedern den sogenannten „Rat der Volksbeauftragten“. Dieser Rat hatte die Aufgabe die kapitalistische Herrschaft abzusichern bis zur Nationalversammlung. Zwischen Ebert und der alten Militärführung des I. Weltkrieges bestand eine unmittelbare Zusammenarbeit. Aber das Militär war im Zerfall begriffen. Die Soldaten wollten nicht mehr und verweigerten sich dem Krieg, was in dem berühmten Matrosenaufstand in Kiel am 9. November 1918 seinen Höhepunkt fand. Das Volk wollte endlich Brot und Frieden. Es bildeten sich bewaffnete Arbeiter- und Soldatenräte innerhalb kurzer Zeit in fast allen Städten der ganzen Republik. Sie wollten eine sozialistische Republik aufbauen von der kein Krieg mehr ausgeht, in den Händen der Arbeiter. Jedoch die Mehrheit der Rätemitglieder waren der Sozialdemokratie noch sehr anhängig – und die SPD-Führung war ganz und gar nicht für eine Räterepublik. Auch den alten Führungskräften der alten Kriegsmarine waren die Arbeiter- und Soldatenräte verhasst. Doch ihre Divisionen waren nicht mehr fähig militärisch die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen.

Das zeigte sich am 24. Dezember 1918, als die Volksmarinesoldaten ihre ausstehende Entlohnung einforderten. Die letzten Truppen der kaiserlichen Armee um Berlin erhielten den Befehl die Volksmarinedivision niederzuschlagen und zu entwaffnen. Alles war vorbereitet: Schwere Artillerie sollte eingesetzt werden und es begann die bewaffnete Auseinandersetzung. Doch als der Zustrom sich solidarischer Volksmassen auf dem Platz immer größer wurde und die Matrosen in die Offensive gingen, stellte die Armee ihre Angriffe ein und zog wieder ab. Dies war eine Blamage für die Konterrevolution.

Die Matrosen hatten die Regierungsvertreter in ihrer Reichskanzlei eingesperrt und die Telefonleitungen gekappt – es wäre ein Leichtes gewesen, die Führung zu entmachten oder zu erschießen. Aber sie forderten nur ihre ausstehenden Lohnzahlungen ein – ein fataler Fehler! Ludendorff, Kopf der kaiserlichen Kriegsmarine, sagte des Öfteren nach dem 9. November: „Die größte Dummheit der Revolutionäre war es, dass sie uns am Leben ließen. ...“

Die Konsequenz aus diesem Ereignis war der beschleunigte Aufbau von Freikorpskompanien. Sie wurden rekrutiert zum großen Teil aus Soldaten der

Schon im Dezember waren überall Werbebüros eingerichtet, massenhaft Werbeplakate angeschlagen und Zeitungsanzeigen inseriert um Freikorpskompanien aufzubauen. Die Freikorps waren regional organisiert. Die Größe der Verbände reichte von einigen Dutzenden bis zu 8000 Soldaten, wie die zum Beispiel die Landesjägergruppe Maercker. Marinebrigaden mit Namen wie Ritter von Epp, Löwenberg – insbesondere die Brigade Ehrhards, die schon 1919 das Hakenkreuz auf dem Stahlhelm trug, – waren besonders berüchtigt für ihre Brutalität gegenüber den revolutionären Arbeitern. Ständig entstanden neue Freikorpsverbände, die nur für bestimmte Einsätze gebildet wurden und anschließend sich wieder auflösten. Allein nach Berlin wurden 20 verschiedene Freikorpsverbände mit 42.000 Soldaten geschickt.

Anfangs wurde öffentlich nur für den Einsatz im Baltikum geworben, später auch für den Inlandseinsatz gegen die „Spartakisten“.

Im Baltikum wurden rund 40.000 Freikorps eingesetzt zur Rückeroberung der verlorenen Reichsgebiete. Sie waren durchsetzt von Kriminellen, von denen sich ein Teil einer Verhaftung entzog, ein anderer Teil ging ins Baltikum, weil ihnen pro Tag zusätzlich 9 Mark und gratis Verpflegung zugesprochen wurde oder – was der hauptsächlich Grund war – sie erhofften sich an versprochenen Ländereien zu bereichern, die sie eroberten – im Kampf gegen die Rote Armee. Sie waren von der einheimischen Bevölkerung verhasst.

Rudolf Höß, späterer Kommandant von Auschwitz, berichtete: „Die Kämpfe im Baltikum waren von einer Wildheit und Verbissenheit, wie ich sie weder vorher im Weltkrieg noch nachher in all den Freikorpskämpfen erlebt habe ... Unzählige Male sah ich die grauenhaften Bilder mit den ausgebrannten Hütten und den verkohlten oder angeschmierten Leichen von Frauen und Kindern. Als ich dieses zum ersten Mal sah, war ich wie versteinert. Ich glaubte damals, dass es eine Steigerung menschlichen Vernichtungswahns nicht mehr geben kann!“

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Stuttgart 1958, S.34f. nach Sauer, ZfG, S.895)

Generaloberst Seeckt, bis 1918 Generalstabschef in der kaiserlichen Armee, bis 1926 Chef der Reichswehrheeresleitung in der Weimarer Republik, Schöpfer der Wehrmacht für Hitlerdeutschland, Monarchist, Revanchist und Antidemokrat bezeichnete den Großteil dieser Freikorps als Gesindel.



alten Armee, aber kamen auch aus verschiedenen Volksschichten, wie Kleinbürger, Erwerbslose, Studenten, Schüler oder auch Bauern, die ihr Land im Osten verloren hatten. Die studentischen Freikorps waren am radikalsten. In der Regel hatten sie eine monarchistische Einstellung und hassten die Republik, noch mehr die revolutionären Demokraten und Kommunisten.

Aus Protest gegen den Militäreinsatz gegen die Matrosen verließen die drei USPD-Mitglieder die vorläufige Regierung. Als Ersatz wurden weitere SPD-Vertreter aufgenommen, u.a. Gustav Noske. Er wurde von der Regierung für militärische Aufgaben eingesetzt. Noske nahm die Aufgabe an, mit den Worten: „Meinetwegen, einer muss der Bluthund sein ...“. Er leitete in der Folgezeit die Freikorps-Einsätze gegen die Arbeiter an.

Am 5. Januar 1919 besetzten Arbeiter in Berlin mehrere Zeitungsredaktionen u.a. auch den Vorwärts (SPD) wegen der maßlosen Hetze und den Diffamierungen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte und die Absetzung des linken Polizeipräsidenten Eichhorn – gegen das Volksinteresse. Tausende bewaffnete Arbeitermassen haben sich Unter den Linden zusammengefunden. Für den nächsten Tag wurde der Generalstreik in Berlin gegen die Ebert-Scheidemann Regierung ausgerufen. Den SPD-Regierungsvertretern kam es sehr entgegen, dass die linke USPD die Regierung verlassen hatte. Nun konnten sie ungehemmt gegen die kämpfenden Arbeiter militärisch vorgehen. Am 8. Januar hieß es im Regierungsaufruf: „Die Stunde der Abrechnung naht“.

In den Vororten Berlins wurden die Freikorpsverbände formiert. Zunächst wurden Truppen der alten Reichsarmee gegen die bewaffneten Arbeiter eingesetzt. Es wurde auch schwere Artillerie eingesetzt. Tagelang war Kanonendonner zu hören. Die Arbeiter auf den Straßen trugen Schilder auf denen stand: „für die Einheit der sozialistischen Arbeiterparteien“ oder „Brüder, nicht schießen!“. Schließlich



10. Januar 1919 lud die Deutschen Bank zu einer Zusammenkunft von 50 Spitzenvertretern des Kapitals ein. Der einzige Tagesordnungspunkt war „Bolschewismus als Weltgefahr“. Der Schwerindustrielle Hugo Stinnes setzt sogleich einen Fonds von 500 Mio. Reichsmark zur blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiterräte durch. Dies macht deutlich in wessen Interesse die Freikorps mordeten. Selbst die SPD-Führung bekam einen Anteil aus dem Fonds. Der Staat gab offiziell noch 3,3 Mrd. Mark zur Unterstützung der Freikorps.

waren am 11. Januar die schwersten Kämpfe gegen die Besetzung des Vorwärts. Eine Hand voll Parlamentarier kamen aus dem Gebäude mit weißer Fahne heraus und wollten über den friedlichen Abzug verhandeln. Sie wurden festgenommen, abgeführt, schrecklich misshandelt und schließlich erschossen. Über 300 Arbeiter wurden nach der Erstürmung festgenommen. Ebert wurde gefragt, was mit den Gefangenen gemacht werden soll. Ebert: Alle erschießen! Doch das wollte selbst die alte Militärführung nicht. Bei der Abführung wurden die Gefangenen mit dem Gewehrkolben furchtbar traktiert. Die Soldaten waren in ihrem Hass kaum zu bändigen. Bei diesen Kämpfen kamen 165 zu Tode. Nach der Niederschlagung der Arbeiterproteste in Berlin marschierten die neu aufgestellten Freikorpsdivisionen in die Stadt ein und bezogen Quartier in Berlin. Sie verhängten den Belagerungszustand mit schwerer Artillerie in Berlin und verkündeten: sie gehen solange nicht, bis wieder Ruhe und Ordnung geschaffen ist. Sie suchten in

verschiedenen Stadtvierteln nach bewaffneten Arbeitern. Sie sperrten Straßen oder Betriebe ab und stellten Schilder auf, auf denen stand: „Halt! – wer hier weiter geht, wird erschossen.“ Das Hauptquartier wurde im feudalen Hotel Eden eingerichtet. Auf diesen Eingangstrepfen wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wenige Tage später, am 15. Januar, von Freikorps brutal niedergeschlagen, weggefahren und heimlich und feige ermordet. Noch am gleichen Tag gaben die Freikorps Visitenkarten aus, auf denen die beiden Ermordeten aufgedruckt waren. Schon im Dezember 1918 war in der ganzen Stadt der Aufruf zur Ermordung der Revolutionsführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf Plakaten zu lesen. Es wurde ein Kopfgeld von jeweils 50.000 Mark ausgesetzt.

Am 19. Januar fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, wie sie von den Räten im Dezember 1918 gefordert wurden – geschützt von bewaffneten Arbeiter- und Soldatenräten. Bei den Wahlen erreichte die SPD die Mehrheit. Damit waren die alten Verhältnisse wieder hergestellt und die bewaffneten Arbeiter- und Soldatenräte hatten aus Sicht der Regierung ihr Existenzrecht verloren. Die Ebert-Scheidemann Regierung übertrug dem Militär eine Macht, welche sie noch nicht mal während des Belagerungszustands im 1. Weltkrieg besaß. Die Regierung hatte eine Verordnung erlassen, die die Arbeiter- und Soldatenräte der Reichsregierung unterstellte. Die Waffen der Arbeiter – wenn gefordert – mussten an die



Mordaufruf der Antibolschewistischen Liga vom Dezember 1918

Freikorpsverbände abgeben werden. Wer sich weigerte wurde festgenommen oder erschossen. Damit war die Entmachtung der Räte besiegelt – es sei denn sie nahmen den bewaffneten Kampf auf, um sich zu verteidigen.

Fast den ganzen Januar bestand noch der Belagerungszustand in Berlin. Es herrschte Militärdiktatur. Tagelang war der Lärm von Kanonendonner und Gewehrschüssen zu hören. Es war beängstigend und einschüchternd für die Bevölkerung. Tatsächlich hatte sich kaum ein bewaffneter Widerstand der Arbeiter gezeigt, sondern vielmehr wurde einfach in die Luft geballert, um die militärische Belagerung zu rechtfertigen. Die Arbeiter waren wütend über diesen Zustand, zugleich aber im Zwiespalt, weil dies unter dem Schutz der „sozialistischen Regierung“ stand. So kam es nicht zur konsequenten Gegenwehr.

Der Vorsitzende des Leipziger Arbeiterrats, Kurt Geiger, schrieb später traurig und selbstkritisch: „der Besitz der lokalen Gewalt verdunkelte den radikalen Massen vollständig die wahre Machtverteilung in der Gesamtheit.“ Die Räte hatten geglaubt

ihre Macht sei durch die Wahlen gefestigt. Doch in den nächsten Tagen drohte Noske mit dem Einmarsch der Armee, wenn die Räte weiterhin ihre lokale Macht in Anspruch nahmen.

Der erste Einmarsch, nach Berlin, folgte am 29. Januar 1919 gegen die Bremer Räterepublik durch die Freikorpsdivision Gerstenberg. Es wurde die Entwaffnung der Arbeiter eingefordert. Die Waffen sollten den Freikorps übergeben werden. Die Meisten gaben ihre Waffen freiwillig ab. Nur wenige führten den aussichtslosen Kampf mit ein paar hundert Gewehren gegen eine weit überlegene Artilleriebewaffnung. Die Konterrevolution schlug schnell die Abwehr der Bremer Räterepublik blutig nieder. Danach wurden - ohne große Gegenwehr – alle Häfen der Nordsee den Arbeiter- und Soldatenräten entrissen. Damit hatte die deutsche Bourgeoisie wieder den Transfer aus Übersee in ihren Händen.

Die Freikorpsverbände marschieren weiter ins Ruhrgebiet vor, dann



nach Thüringen und bald war das ganze Reich von der Belagerung der Freikorps erfasst. Es war im Grunde immer das gleiche Bild: Die Freikorps marschierten mit überlegener Bewaffnung in die Städte ein. Sie trafen auf spontan zusammengestellte, nur mit Handfeuerwaffen kämpfende Arbeitertrupps. Entsprechend ungleich waren die Verluste. Nachdem der Arbeiterwiderstand blutig niedergeschlagen war, begannen die grausamen Standgerichte, willkürlichen Massenerschießungen, Prügel und Folterszenen. Diese grässlichen Tatsachen, die sich an vielen Orten der Republik ereigneten, wird in keinem bürgerlichen Geschichtsbuch erwähnt.

Micha

In der nächsten Ausgabe der Fanfare erscheint der 2. Teil des Berichts.

Am 14. Juni fand auch für NRW die Indienststellung von 3 Freikorpskompanien statt. Die Regierenden nennen sie Regionale Sicherungs und Unterstützungskräfte. Freiwilligenverbände unter der Führung der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demokraten, die seit März letzten Jahres im gesamten Land aufgebaut werden. Vorerst sollen es 30 Stück werden. Ein weiteres Puzzle im großen Ausbau und der Zentralisierung des staatlichen Gewaltenapparates und der Militarisierung der gesamten Gesellschaft.

Kaum einer nimmt es bisher zur Kenntnis. Doch an einzelnen Orten wurden und werden erste Aktionen dagegen organisiert. So in Potsdam, Wiesbaden oder am 16. November in Dresden. Den Bündnisaufruf für Dresden findet ihr auf der nächsten Seite.



Auf den Bildern ist die Vereinigung auf der Zeche Zollverein in Essen, dem Wahrzeichen des Ruhrgebiets, zu sehen. Diese Indienststellungen finden immer unter Anwesenheit hochrangiger Vertreter aus der jeweiligen Landes- und der Bundesregierung statt. Auch in Potsdam am 9. August war der Kriegsminister De Maiziere anwesend. Systematisch werden die Kommandostrukturen der Bundeswehr über das ganze Land ausgebaut. Und jede Gelegenheit wird genutzt, um auch das Kommando über die zivilen Kräfte wie dem Deutschen Roten Kreuz und anderen zu üben und gut Wetter bei der Bevölkerung zu machen - gerade wenn es seit Tagen wieder mal geregnet hat und passend ein Hochwasser kommt, um dies zu tun. An ihrem militärischem Auftrag gegen die eigene Bevölkerung ändert das nichts.



Zur Geschichte der Freikorps

Teil 2. Der 1. Teil wurde in der letzten Fanfare Nr. 60 veröffentlicht.

Die Bayerische Räterepublik 1919

Die Bayerische Regierung wurde seit November 1918 geführt von dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD). Er wurde am 21. Februar von antisemitischen Studenten in München ermordet. Dies rief eine große Empörung in der Münchener Bevölkerung hervor: sie forderten ein entschlossenes Vorgehen gegen die Reaktion durch die Bildung einer bayrischen Räterepublik. Erst am 7. April wurde die 1. Räterepublik ins Leben gerufen. Die Führung setzte sich zusammen aus Mitgliedern der USPD, der SPD, den Anarchisten Landauer und dem Schriftsteller Toller. Die Kommunisten verweigerten ihre Mitarbeit. Diese Schein-Räterepublik war unentschlossen und griff den bürgerlichen Staatsapparat in nichts an. Die bayrische SPD-Regierung Hoffmann zog sich nach Bamberg zurück und bereitete die Niederschlagung der Räterepublik vor. In der Nacht zum 13. April gab es einen Putschversuch von der Münchener Garnison gegen die revolutionären Arbeiter. Die Münchener Arbeiter erhoben sich zugleich gegen den Putsch und schlugen ihn - unter Führung des 23-jährigen Matrosen Rudolf Egelhofer (KPD) - nieder. Am nächsten Tag wählte eine Vollversammlung der Münchener Betriebs- und Soldatenräte einen 15-köpfigen Aktionsausschuss. Damit war die 1. Räterepublik aufgelöst. Zwei Wochen hatte das Proletariat die Macht in München und organisierte u. a. die Entwaffnung der Bourgeoisie, die Bildung einer bewaffneten Roten Armee in München und das Verbot der bürgerlichen Zeitungen. Im Umland von München waren 60.000 Freikorpsoldaten und Einheiten der Reichswehr gegen die 2. Räterepublik aus der ganzen Republik von der Hoffmann-Regierung zusammengezogen worden. Unter dem Klima des drohenden Einmarsches der Konterrevolution, fielen die Vertreter der USPD um und wollten mit der Hoffmann-Regierung in Bamberg verhandeln. Auf der Vollversammlung der Betriebs- und Soldatenräte am 27. April konnten die Vertreter der USPD

die Aufhebung wesentlicher revolutionärer Maßnahmen, wie das Verbot der bürgerlichen Presse und Waffenstillstand durchsetzen. Das war der Verrat der Räterepublik. Der Aktionsausschuss war aufgelöst. Diese Situation öffnete der Konterrevolution die Tore Münchens. Am 1. Mai drangen die verschiedenen Reichswehrtruppen und Freikorps in München ein und mordeten bestialisch drei Tage lang. Aus Männern und Frauen wurde wimmernde und schreiende Zielscheiben. Tatsachenberichte erweisen, dass vielfach nur gemordet wurde um die Leichen auszurauben. Etwa 1000 massakrierte Arbeiter übersäten die Stadt München - die Konterrevolution hatte nur 38 Opfer zu beklagen. Mit der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik endeten die proletarischen Massenkämpfe, die der Novemberrevolution gefolgt waren.

Damit waren aber die Aufgaben der Freikorps nicht erledigt, sondern sie wurden zu staatlichen Hilfstruppen gegen revolutionäre Arbeiter oder dienten Kriegsvorbereitungen, was der weitere Verlauf der Geschichte zeigen wird.

So wurde gegen den Berliner Eisenbahnerstreik am 24. Juni 1919 die Marinebrigade Ehrhardt und Löwenberg mit seiner technischen Abteilung zur Sicherung der Bahnhöfe und des Bahnverkehrs eingesetzt. Allein die Anwesenheit der Soldaten hat das bewaffnete Vorgehen der Eisenbahner verhindert, um weitergehende Forderungen durchzusetzen.

Die Freikorps wuchsen bis April 1919 auf mehr als 400.000 Soldaten an und bildeten insgesamt 120 Kompanien.

Bis März 1920 musste, die im Versailler Vertrag der Alliierten festgelegte Reduzierung die Reichswehr auf 100.000 Soldaten, umgesetzt werden. Zu dieser

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte! Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat die Gewalt von neuem gegen die Arbeiterklasse entfesselt. Die Reaktionäre haben die Arbeiterklasse in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr

Der Klassenkampf ist in Deutschland wieder ausgebrochen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

Der gesamte Arbeiterchutz ist bedroht

Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen. Die Arbeiterklasse hat sich nicht beugen lassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Für den Inhalt verantwortlich: C. Legien, B. Aulhäuser

Aufruf des ADGB zum Generalstreik gegen den faschistischen Kapp Putsch im März 1920

Zeit gab es noch 60.000 Freikorpsoldaten - deren Verbände sollten aufgelöst und zum Teil in die Reichswehr integriert werden. Doch einige widersetzten sich ihrer Auflösung: Entweder traten sie in andere militaristische Organisationen ein oder wie die Brigade Ehrhardt, organisierten den Putsch zum Sturz der Reichsregierung im März 1920.

Der faschistische Putsch von Kapp-Lüttwitz am 13. März 1920 in Berlin scheiterte jedoch, obwohl die sozialdemokratische Regierung schon im Vorfeld von Berlin nach Stuttgart floh. Es waren die Arbeiter, die durch einen Generalstreik dem faschistischen Putsch der Freikorps eine Niederlage bereiteten. In den folgenden Tagen wurde in zahlreichen Städten der Republik die Reaktion von den Arbeitern entworfen. Insbesondere im Ruhrgebiet bildete sich die Rote Ruhrarmee heraus, die innerhalb einer Woche in den Städten des Ruhrgebiets die Konterrevolution zurückschlug und sie weitgehend entwaffnete. Es war eine Armee aus 100.000 bewaffneten Arbeitern. Am 24. März riefen die Gewerkschaften zum Streikabbruch auf und fielen damit den Arbeitern in den Rücken. Die Mehrzahl der Arbeiter gaben treu ihre Waffen ab. Die KPD war noch

Aufruf

zu einem

Freiwilligen-Korps Bamberg

Bayern! Landsleute!

In München herrscht ein wahnsinniger Terror. Viele unserer Kameraden, Arbeiter und Bürger wurden erschossen. In Rosenheim, das sich auf Seite der vom ganzen bayerischen Volke gewählten Regierung Hoffmann stellte, wurden 10 Bürger erschossen und die Stadt von den Spartakisten mit 85.000 Mark Kontribution belegt.

Die schändlichsten Untaten werden verübt. Die Bevölkerung Münchens und Umgebung schreit um Hilfe. Das Gefindel Münchens hat die russischen Kriegsgefangenen bewaffnet. Diese wilden Horden plündern und rauben und behnen z. B. ihre Raubzüge auch schon auf das platte Land aus.

Darum auf, Ihr kampferprobten Kameraden,
helft unseren südbayerischen Landsleuten,
treten ein in das Freiwilligen-Korps „Bamberg“
und zeigt, daß ihr freie Bayern bleiben wollt, daß der alte Bayernunut noch in Euch steckt, der sich nie durch russischen Bolschewismus unterkriegen läßt.

Kommt in Scharen! Das ist bayerische Ehrepflicht!

**Werbe-Büro im Ministerium für militärische Angelegenheiten:
Vollzugsamt des Landes-Soldatenrates.**

Bamberg, den 18. April 1919.

**Vollzugsamt
des Landes-Soldatenrats.
Simon-F. Renner.**

**Der Minister
für militär. Angelegenheiten.
Schneppenhorst.**

*Aufruf zum Beitritt in ein Freikorps gegen die Münchner
Räterepublik im April 1919*

zu schwach, um den bewaffneten Kampf fortzuführen und musste sich zurückziehen. Während des Rückzugs wurden sie von den Freikorps militärisch überfallen und in blutige Schlachten verwickelt. In den folgenden Tagen wurden über 1000 Arbeiter viehisch ermordet und ihre Frauen vergewaltigt.

In all den revolutionären Arbeiteraufständen seit November 1918 war es die Sozialdemokratie, die die Revolution verraten hatte und das Militär mit ihren Freikorps die Arbeiter abschlachten ließ. Die verbliebenen Freikorps lösten sich überwiegend in der 1921 gegründeten SA auf und wurden zu ihrem Hauptträger.

Der Antisemitismus der Freikorps wurde organisiert

Als die deutsche Niederlage im 1. Weltkrieg absehbar war, gründeten sich zahlreiche antisemitische Organisationen in Deutschland, wie z. B. im August 1918 die Thule-Gesellschaft und 1919

auf Initiative des Alldeutschen Verbands (Sprachrohr der deutschen Schwerindustrie) der antisemitische Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DVSTB). Der Bund hatte Ende 1919 über 25.000 Mitglieder in 85 Ortsgruppen. Bis zum Jahr seines Verbots 1922, wuchs die Zahl auf nahezu 200.000 Mitglieder in über 600 Ortsgruppen an. Von seinen Mitgliedern forderte er den Nachweis „arischer“ Abstammung, als Vereinessymbol diente das Hakenkreuz. Allein im Jahre 1920 wurden über 7 Millionen Flugblätter, fast 5 Millionen Handzettel und ca. 8 Millionen Klebmarken mit antisemitischer und völkischer Propaganda unter der Bevölkerung verteilt. Auch zu der rechtsextremen „Organisation Consul“ bestanden enge Kontakte. Sie waren verantwortlich für die

Morde an den Reichsministern Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau, die jüdischen Glaubens waren. Viele Mitglieder dieser antisemitischen Organisationen fanden sich in der NSDAP wieder.

Zwei Zielgruppen hatten sie im Auge: zum einen die akademische Jugend an Gymnasien und Universitäten, zum anderen die Freikorpsoldaten.

An vielen Schulen herrschte – wie auch an der Berliner Universität – eine ausgesprochen konservative, gegen „Weimar“ gerichtete Stimmung. Als im März 1920 die Ehrhardt-Brigade in Berlin einmarschierte und damit den Kapp-Putsch auslöste, wurden an mehreren Berliner Schulen sogleich die alten Gipsbüsten der Kaiserzeit aus den Kellern geholt und wieder aufgestellt. Die Berliner Studentenvertretung begrüßte mehrheitlich den Staatsstreich.

(Vgl. Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin/New York 1988, S. 127.)

Unter den Freikorpsoldaten die in ihrer Ehre verletzt sahen als Frontsoldaten des 1. Weltkriegs, sich kapitulierend nach Hause zu begeben, fand die antisemitische Hetze schnelle Verbreitung. Sie wollten Rache nehmen. Die Propagandisten und Agitatoren des DVSTB wurden von Freikorpsführern angeworben – so z.B. auch in Oberschlesien 1921, um die Aggression ihrer Soldaten zu steigern, zum einen gegen die polnische Bevölkerung, zum anderen gegen die Regierung der Weimarer Republik, die sie als „Judenrepublik“ bezeichneten und ihren Sturz propagierten. Sichtbarer Ausdruck der Wirkung war das Hakenkreuz, welches die Freikorpsoldaten auf dem Helm oder ihren Fahnen trugen. Viele Freikorpsverbände, die als aufgelöst galten, aktivierten sich wieder. Die in München ansässige Thule-Gesellschaft versuchte 1919 in die Münchener Räteorganisationen einzudringen, um sie vom Klassenkampf abzulenken. Als die Kommunisten die Macht hatten, nahmen sie ihre führenden Köpfe gefangen und hielten sie als Geiseln in der Luitpold Schule fest, als Pfand gegen den Einmarsch der Konterrevolution.

Die „Technische Nothilfe“



Technische Nothilfe in den 1930er Jahren

Auch die Technische Nothilfe wurde aus Freikorps aufgebaut, die sich als Streikbrecherorganisation in Betrieben wichtiger Infrastruktur ihren Namen machte. Sie wurde im Januar 1919 aus der militärischen „Technischen Abteilung“ (TA), eines technischen Freikorps im Verband der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin gegründet. Zur Verstärkung der TA wurden im Frühjahr/

Sommer 1919 sowohl in Berlin als auch in anderen deutschen Städten technische Zeitfreiwilligenverbände aufgestellt, für die sich die Bezeichnung „Technische Nothilfen“ durchzusetzen begann. Dieser Begriff wurde auch für die am 30. September 1919 durch Kriegsminister Noske (SPD) ins Leben gerufene reichsweite Organisation übernommen. Aus politischen Gründen – unter anderem um zu vermeiden, dass die Helfer als Soldaten gezählt werden würden und damit die durch den Versailler Vertrag begrenzte Kampfstärke der Reichswehr weiter senken würde – wurde die TN zur Jahreswende 1919/20 in die Zuständigkeit des Reichsinnenministeriums überführt. Nach 1925 verlagerte die Technische Nothilfe ihren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf den Katastrophen- und Luftschutz, aufgrund sinkender Streikaufrufen. Ihre Mitgliederzahl reduzierte sich bis 1930 von fast einer halben Million auf unter 200.000. Während des 2. Weltkrieges wurde die Technische Nothilfe der Wehrmacht unterstellt und entsprechend im Ausland eingesetzt. 1945 wurde die Technische Nothilfe von den Alliierten aufgelöst. Als Nachfolgeorganisation wurde 1950 das heutige Technische Hilfswerk (THW) gegründet. Geändert hat sich hierbei lediglich nur der Namen.

Die Freikorps und Okkupation Böhmen und Mährens 1938

Die Annexion Österreichs im März 1938 verstärkte den Drang der Sudetendeutschen Partei, das Sudetenland durch Hitler-Deutschland annekieren zu lassen. Ende Mai 1938 wurde die Weisung „Grün“ verordnet, als Plan zur Okkupation der Tschechischen Republik. Der militärische Überfall wurde in dieser Weisung auf den 1. Oktober 1938 festgelegt. Zum Plan gehörte

unter anderem die inneren und äußeren Widersprüche in der Tschechischen Republik zu verschärfen, aber zugleich jegliche Lösung zu blockieren. Dazu gehört: Die Konflikte mit den Sudetendeutschen organisieren. Separatistische Forderungen aufstellen, die unannehmbar sind für den Staatenverband CSR. Die verfügbaren Medien nutzen zur systematischen Hetze, die die CSR nicht nur einschüchtert und isoliert, sondern kapitulationsbereit macht. Den Staat als unfähig erscheinen zu lassen, der seine Probleme nicht selber lösen kann. Dazu muss die deutsche Berichterstattung das Handeln der fünften Kolonne – der Sudetendeutschen Partei (SdP) – als immer korrekt und das der CSR stets als Unrecht darstellen.

Während des ganzen September 1938 – dem Monat des Münchner Abkommens – führte die SdP provozierende Massenaufmärsche im Sudetenland gegen die Tschechische Regierung durch (z. B. in Cheb 15.000, in Asch 8.000 Teilnehmer). Sie standen unter den Losungen: „Heil Hitler! Weg mit den Tschechen, weg mit der Polizei“, „Adolf Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei!“. Allein am 13. September erfolgten in über 70 Grenzorten bewaffnete Überfälle, Sabotage oder Zusammenstöße. Ziel war es die CSR-Regierung zu stürzen. Nur durch die Ausrufung des Standrechts konnte die Tschechoslowakische Regierung den Putschversuch niederschlagen.

Das Hauptmittel zur Einschüchterung des tschechischen Staates war der Terror in den deutsch-tschechischen Grenzgebieten - dazu rief Henlein (Vorsitzender der SdP) am 17. September auf Freikorpsverbände zu bilden. Die Führung der Freikorps wurde aus der SA rekrutiert. Die sudetendeutschen Freikorps setzten sich zusammen

aus wehrpflichtigen Sudetendeutschen, Flüchtlingen und Sudetendeutschen, die sich in Deutschland befanden. Der Aufbau der Sudetendeutschen Freikorpsverbände erfolgte z. B. in Bayreuth und in Dresden weitgehend nach dem Muster der SA. Sie wurden an der deutsch-tschechischen Grenze Böhmen und Mährens stationiert und setzten den Terror fort, den die SdP bis zum 17. September anrichtete. Finanziert und bewaffnet wurden sie von der Wehrmacht. Sie erhielten inoffiziell erbeutete Waffen aus Österreich. Die Zahl der Freikorps Soldaten stieg auf 34.500 Mann Ende September.

Zuerst besetzten die Freikorps den Grenzort Asch am 21./22. September. Danach folgte die Besetzung weiterer Grenzorte. Die Freikorps verhielten sich wie Besatzer: verachtend gegenüber der tschechischen Bevölkerung in den Grenzorten. Die Freikorps bildeten Stoßtrupps und überfielen bewaffnet zahlreiche Zollämter. Sie gingen oft zu weit, so dass die Hitlerfaschisten rasonieren mussten. Durch den Terror der Freikorps wurden 110 Menschen ermordet und 2029 CSR-Bürger verschleppt. Der deutschen Presse war es verboten jenseits der Grenze von den Angriffen der SFK zu berichten.

Mit der Unterzeichnung des Münchener Abkommens am 29. September 1938 hatten sich die Aufgaben der Freikorps erledigt. In den folgenden Tagen wurden sie wieder aufgelöst.

... und heute

werden sogenannte „Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ von der Bundeswehr in den einzelnen Bundesländern feierlich in Dienst gestellt. Sie sind aus Reservisten aufgebaut, ähnlich den „Freiwilligen“ in der Weimarer Republik. In ihrer Funktion unterscheiden sie sich im Grunde nicht von den Freikorps der Weimarer Republik. Sie werden genauso gegen streikende oder revolutionäre Arbeiter eingesetzt, wenn der Staat sich in seiner Existenz bedroht fühlt. Dafür werden sie trainiert. Diese Tatsache muss öffentlich verbreitet werden. Die FDJ ist im Bündnis mit anderen Organisationen gegen die Indienstellung dieser Freikorps aufgetreten. Lest die Aktionsberichte in dieser und den letzten Fanfaren dazu, wie der Staat gegen uns vorgeht. Verbreitet unsere Flugschriften dazu.



Sudetendeutsche Freikorps in der Tschechoslowakei